

Stadt hält fest an Bopparder Einheit

Rat votierte gegen Prüfung einer Umwandlung in Verbandsgemeinde

Boppard ist etwas Besonderes. Die Stadt ist einziges alleiniges Mittelzentrum und die einzige Einheitsgemeinde im Kreis. Dieser Zustand dürfte noch eine Weile andauern.

BOPPARD. Die verbandsfreie Stadt Boppard wird nicht auf ihre Zukunftstauglichkeit hin untersucht. Der Stadtrat sprach sich gegen den Antrag der FWG aus, die Umwandlung der Einheitsgemeinde in eine Verbandsgemeinde prüfen zu lassen. 17 Mandatsträger zeigten sich mit dem Status quo einverstanden, 13 waren dafür, die politischen Verhältnisse in Boppard zu ändern oder einer Untersuchung zu unterziehen.

Die eifrigsten Befürworter der Einheitsgemeinde ohne Wenn und Aber fanden sich bei der SPD und bei den Bürgern für Boppard (BfB). "Es muss doch einen Grund geben, die Stadt als Einheitsgemeinde aufzulösen", fragte sich SPD-Chef Hermann Noe. "Ich kann aber keinen Grund erkennen."

BfB-Vorsitzender Jürgen Mohr hielt überhaupt nichts von einem Prüfantrag, zumal er die Stadt Boppard als Erfolgsmodell ansah und davon überzeugt war, dass alle Ortsbezirke im Laufe der Jahrzehnte zusammengewachsen sind. "Wir sind nicht bereit, die Stadt Boppard aufzulösen." Klaus Brager von den Grünen plädierte aus historischen Gründen für die Einheitsgemeinde. Boppard sei seit der Spätantike das Zentrum für die umliegenden Ortschaften gewesen. Sein Parteifreund Heinz Bengart pries zwar die Einheitsgemeinde, plädierte dennoch für den Prüfauftrag, denn Boppard sei keine heilige Kuh.

Jürgen Schneider (FWG) hatte die Systemfrage gestellt und für die Verbandsgemeinde plädiert. Wegen des Wunsches der Bürger nach Selbstständigkeit und Eigenständigkeit, aber auch wegen der Sonderrolle, die Boppard derzeit spielt. "Wer sich isoliert, wird keine Zukunft haben. Wir meinen, dass die verbandsfreie Stadt Boppard keinen Partner fürs kommunale Ehebett finden wird."

Diese Argumente brachte auch Wolfgang Spitz (CDU) aufs Tapet: Die Einheitsgemeinde behindere Selbstständigkeit und Bürgernähe sowie in gewisser Weise auch die Kommunalreform. Als größter Einheits-Gegner erwies sich Hans-Josef Karbach (CDU). Die Einheitsgemeinde unterbinde jedes Gemeinschaftsgefühl, die Bürger seien fremdbestimmt. "Wir kommen bei den Bopparder Problemen unter die Räder", meinte der Hirzenacher Ortsvorsteher.

Manche Befürworter des FWG-Antrages in den Reihen der CDU-Fraktion outeten sich als glühende Anhänger der Einheitsgemeinde. Aber sie sahen systembedingte Defizite im Umgang der Stadtverwaltung mit den Ortsbezirken und mangelnde Identität vieler Bürger mit der Gesamtstadt. "Man hat den Ortsbezirken nur ein Empfehlungsrecht zugestanden. Mitwirkungsrechte sind nur bedingt vorhanden", sagte Adolf Meinung. "Das führt zu einer gefühlten Entfernung von der Stadtpolitik. Für ihn lohne es sich, den Prüfauftrag zu erteilen. "Eine Umwandlung in eine VG könne ja Verbesserungen bringen."

Bürgermeister Walter Bersch meinte, eine Umwandlung einer Einheitsgemeinde in eine VG sei in der Gemeindeordnung nicht geregelt. Sie verbiete sich auch deshalb, weil manche Entwicklungen nicht mehr zurückzudrehen seien. "Wir haben 33 Jahre auf das gemeinsame Industriegebiet Hellerwald hingearbeitet."

Wolfgang Wendling

Kommentar von **Wolfgang Wendling** zur Bopparder Frage

Warum soll man etwas verändern, was sehr gut oder zumindest einigermaßen gut läuft? Das wird sich die Mehrheit des Stadtrates gedacht haben, als sie den Antrag der FWG abschmettete, eine Umwandlung der Einheitsgemeinde in eine Verbandsgemeinde Boppard prüfen zu lassen. Doch nicht alle Argumente der Antrags-Gegner wirkten überzeugend. So berief sich Bürgermeister Walter Bersch auf die Gemeindeordnung, um dem FWG-Antrag die Grundlage zu entziehen. Eine Umwandlung einer Einheitsgemeinde in eine VG sei nicht vorgesehen, meinte Bersch. Aber die Rolle des Gesetzeshüters passte in diesem Fall nicht zu ihm. Denn dem Bürgermeister müsste klar sein, dass es natürlich mit dem kommunalen Grundgesetz vereinbar ist, wenn sich die Mehrheit der Bevölkerung in einem Bürgerentscheid (§17a GemO) für die Umwandlung in eine VG ausspräche. Oder wenn sich die Mehrheit des Rates auf §10 der Gemeindeordnung ("Gebietsänderungen") bezöge mit dem Ziel, aus der jetzt einen Gemeinde zehn neue zu bilden. Wenig hilfreich war auch Berschs Verweis auf Innenminister Bruch, der in einem unklugen Statement gesagt hat, Bad Salzig eigenständig machen hieße, die Uhr zurückdrehen. Wandelt der Innenminister etwa auf Bauckhages Spuren? Denn in letzter Konsequenz bedeutet Bruchs Aussage, die Verbandsgemeinden abzuschaffen. Man stelle sich vor, die Bürger von Bad Salzig und Hirzenach plädieren mit großer Mehrheit dafür, die Stadt Boppard zu verlassen und sich als selbstständige Gemeinden der VG St. Goar-Oberwesel anzuschließen. Will der Innenminister ihnen das verbieten mit dem Hinweis, durch den Bürgerwillen werde die Uhr zurückgedreht?

Es waren im Stadtrat viele gute Argumente für den Erhalt der Einheitsgemeinde Boppard zu hören. Aber das entscheidende Argument gegen diesen Exoten im ländlichen kommunalpolitischen Raum wurde zu wenig bedacht: Das Bopparder System steht einer Neuordnung im Welterbetal im Wege. Wenn eine Gebietsreform kommt, die diesen Namen verdient - und sie wird kommen -, steht die Einheitsgemeinde ganz sicher auf dem Prüfstand.